

## Öffentliche Bekanntmachung

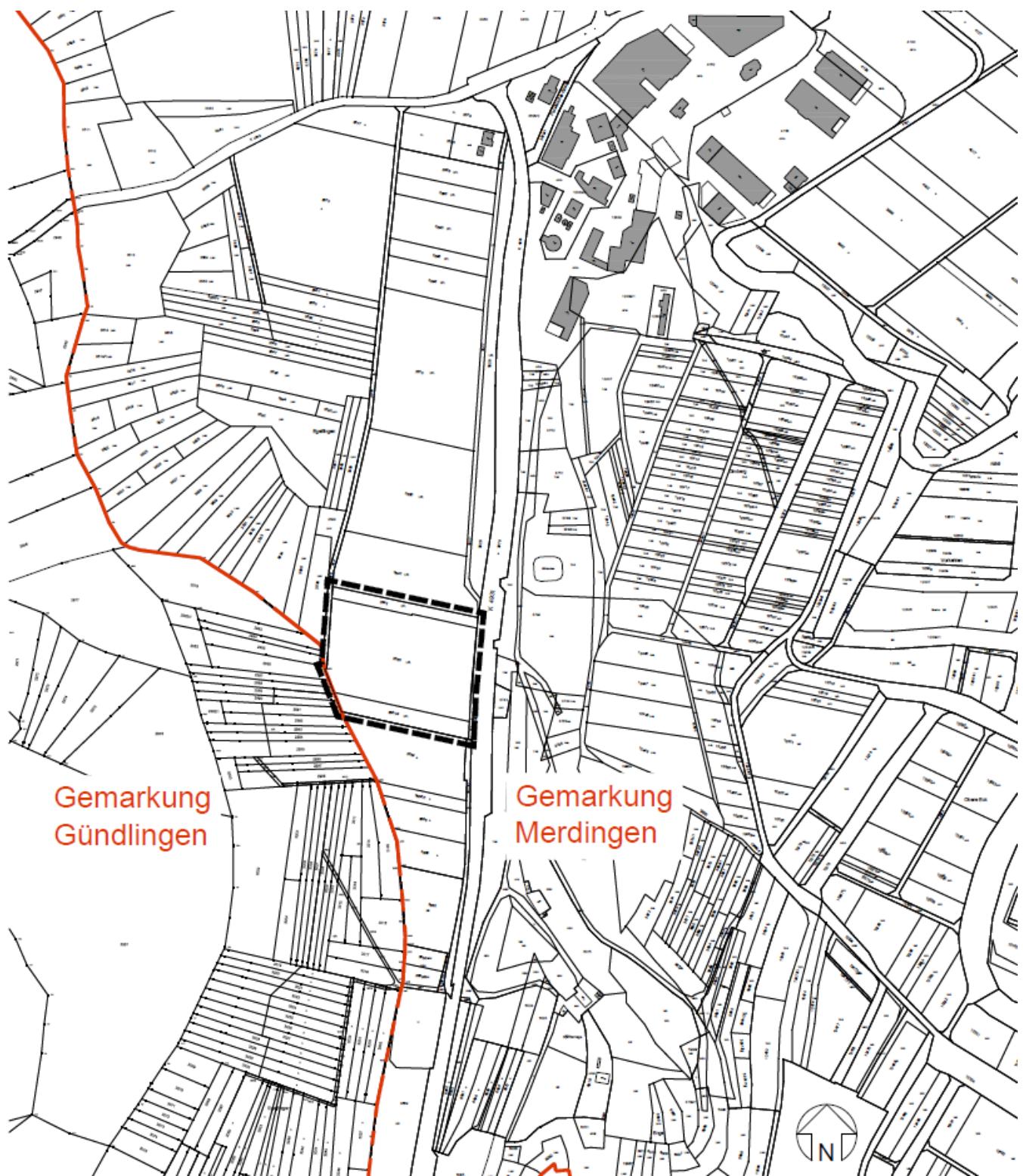
## **über die Verlängerung der Veränderungssperre für den Bereich des Bebauungsplans „Lagerumschlagfläche Egelfingen“**

Der Gemeinderat der Gemeinde Merdingen hat in öffentlicher Sitzung am 25.11.2025 beschlossen, die am 21.12.2023 in Kraft getretene und zunächst für zwei Jahre gültige Veränderungssperre nach § 14 BauGB für den Bereich des Bebauungsplans „Lagerumschlagfläche Egelfingen“ gemäß § 17 (1) Satz 3 Bau GB um ein Jahr zu verlängern.

Der räumliche Geltungsbereich der Veränderungssperre umfasst die Grundstücke mit den Flst.Nrn. 3642, 3650 und 3651/4. Dieser ist dem folgenden Lageplan zu entnehmen (ohne Maßstab):



Ergänzender Übersichtslageplan zum Lageplan mit dem Plangebiet (ohne Maßstab).



Die Satzung über die Verlängerung der Veränderungssperre tritt mit dieser Bekanntmachung nach § 16 (2) BauGB in Kraft.

Die Satzung über die Verlängerung der Veränderungssperre kann im Rathaus der Gemeinde Merdingen, Bauamt, Langgasse 14, 79291 Merdingen, während der üblichen Dienststunden eingesehen werden. Jedermann kann die Satzung über die Verlängerung der Veränderungssperre einsehen und Auskunft über ihren Inhalt verlangen.

Auf die Vorschriften des § 18 Abs. 2 Satz 2 und 3 BauGB über die Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche und des § 18 Abs. 3 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Ferner wird darauf hingewiesen, dass gem. § 4 Abs. 4 GemO BW Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der GemO BW oder auf Grund der GemO BW zu Stande gekommen sind, ein Jahr nach der Bekanntmachung als von Anfang an gültig zu Stande gekommen gelten. Dies gilt nicht, wenn

1. die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
2. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 43 wegen Gesetzwidrigkeit widersprochen hat oder wenn vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach vorstehender Nr. 2 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der Jahresfrist des § 4 Abs. 4 S. 1 GemO BW jedermann diese Verletzung geltend machen.

Merdingen, den 26.11.2025

Martin Rupp  
Bürgermeister